

## Rede Franz Knieps, BMGS

Sehr verehrte Damen und Herren,

hinter diesem Kreuz kann man sich wohlfühlen. Ich habe selten jemanden erlebt, der so Widerstand leistet. Der Kampf findet jeden Tag statt.

Ich bitte die Ministerin zu entschuldigen. Sie hat heute Präsenzplicht im Bundestag. Ich halte mich an den vorbereiteten Text weitgehend, aber als Abteilungsleiter gehe ich natürlich auf einige Punkte speziell ein.

Die Ministerin wäre gern gekommen. Sie scheut die Auseinandersetzung nicht. Den Sozialstaat zu erhalten ist ein permanenter Prozess. Damit auch folgende Generationen ein Bewusstsein für den Sozialstaat haben und dafür kämpfen.

Ich kann die Kritik an der Agenda 2010 verstehen, denn es geht um Ressourcenverteilung, um den Sozialstaat der Zukunft. Da müssen die Betroffenen gehört werden. Das gilt für ihre Belange in großem Umfang. Wir haben mit Herrn Haack immer wieder gesprochen. Zwar konnten nicht alle Forderungen erfüllt werden – das ist im Tagesgeschäft immer der Fall. Der Wähler kann in kürzester Zeit für andere Mehrheiten sorgen.

Es können Sozialgesetze nur im Konsens beschlossen werden. Manche Vorschläge machen mir da bange – wir werden Forderungen widerstehen, das alles in die Hände der Bundesländer zu legen. Es ist kein Gegeneinander, sondern ein Ringen um beste Lösung.

Die Ministerin ist überzeugt, dass die Agenda 2010 nicht der Teilhabe entgegenwirkt. Es ist zentral, den Sozialstaat dauerhaft zu erhalten, nicht nur für unsere Generation, sondern auch für Kinder und Enkel. Das beschäftigt die Ministerin stark, sie ist auch Familienmensch und fragt sich praktisch was bedeutet das. Daher ist die Agenda 2010 auch im Blick auf Zukunft zu sehen, damit Pflege, Behinderung und Alter hinreichend abgesichert sind. Der Sozialstaat will nicht Armut vermeiden, sondern adäquat Teilhabe zu gewährleisten. Wir müssen den Sozialstaat den ökonomischen Bedingungen anpassen. Für die, die sich selbst nicht helfen können, muss er da sein. Damit diese Personen in unserer Mitte leben können. Eine solche Veränderung haben wir mit SGB IX übernommen, die Kritik, es wird nicht gelebt, teile ich. Aber wir haben im SGB V jetzt den direkten link geschaffen. Wir haben klargestellt, dass SGB IX unmittelbar für die Krankenkassen gilt. Das hat sich noch nicht bei allen herumgesprochen. Es ist Ärgernis, das vieles erst auf dem Rechtsweg umgesetzt werden muss. Ich habe oft darauf hingewiesen, dass dieser Paragraph mit aufgenommen wurde und das SGB IX – Anwendungen erklärt werden.

Aber der Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn Finanzpolitik das Wachstum fördert. Nur wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht können wir unser Niveau erhalten. Es müssen alle mit-helfen, dass der Sozialstaat leistungsfähig bleibt. Es müssen alle mitwirken, sonst schaffen wir es nicht.

Wir haben vor einem Jahr darüber gesprochen, ohne Reform hätten wir den Beitragssatz in den Krankenkassen von 15 %, das hätte uns in große Probleme gebracht. Die Flucht aus den Krankenkassen hätte zugenommen, die Menschen wären zu billigeren Krankenkassen gewechselt und die großen Kassen mit mehr Behinderten hätten große Probleme bekommen, viel höhere Beitragssätze – dieses System wäre ins Rutschen gekommen. Selbst bei den Ver-änderungen im Gesetz haben wir immer noch eine Einnahmegrenze dabei, selbst für die

Leute, die noch Pensionen nebenbei haben. Wir sind den Weg gegangen, nicht nur Beiträge vom Einzelnen zu verlangen, sondern die Kartelle des Gesundheitswesens aufzubrechen, das geht nicht weit genug, aber eine Partei hat sich da schützend vor gestellt. Aber wir brauchen nicht zu jammern, Mehrheiten waren nur mit Opposition zu bekommen.

Wir stehen heute in Klinsch mit den Krankenkassen wegen der Entwicklung der Beiträge, wir sehen über die Beitragssenkungen bisher hinaus Potential für weitere Senkungen. Und, Herr Hirrlinger, bei Hartz IV gab es Einvernehmen mit den Verbänden, insbesondere mit dem AOK-Bundesverband, dass wir eine finanzneutrale Regelung getroffen haben. Ich kann nicht nachvollziehen, wie die AOK rechnet. Und ich weiß, die Ministerin hat 14 mal aus dem Urlaub telefoniert wegen dieser Sache.

Wenn wir nichts gemacht hätten, wäre das System explodiert. Wäre das misslungen, würden wir heute von Anhebungen der Beiträge in Höhe von 8 Mio. Euro sprechen. Von Leistungskürzungen und so weiter, die Frage wäre, ob ein solidarisches System dann noch zu halten wäre. Bei aller Kritik – schauen Sie, welche anderen Vorschläge gemacht werden.

Zur sozialen Gerechtigkeit - darüber diskutiere ich gern mit ihnen, auch über die Zumutbarkeit von Zuzahlungen von Heimbewohnern. Ich weise darauf hin, dass wir, nachdem die Träger keine Vereinbarung hinbekommen haben, jetzt im Gesetz steht, dass die 3 Euro vom Taschengeld abgezogen werden. Das wäre auch zum 1. Januar 2004 möglich gewesen. Das ganze Theater um Praxisgebühr und Überlastung der Praxen hat 14 Tage die Bild-Zeitung beschäftigt – aber in 99 % der Fälle war alles reibungslos.

Die Debatte über Einzelfragen ist mir lieber, als zu hinterfragen, ob Menschen im Pflegeheim die notwendigen Mittel bekommen. Wir sehen Bedarf, über die Ausnahmeliste zu reden. Ich habe da gestern ein Gespräch geführt, wo wir im nächsten Jahr über Prioritäten sprechen müssen.

Aus der Gesundheitsreform ergeben sich nicht nur Nachteile. In der Perspektive werden Menschen nicht isoliert behandelt, sondern die Integrationsversorgung ist die Perspektive. Wir haben eine Verknüpfung zum SGB IX und V hergestellt, wir haben eine Patientenbeauftragte, die berichtet, wir haben den 1. Schritt zur Patientenbeteiligung realisiert – es gab viel Skepsis, aber die Diskussion geht weiter, auch die Diskussion über die Finanzierung. Ich hatte 2 Gespräche darüber, welche Möglichkeiten sich bei Patientenbeteiligung finden für Infrastrukturarbeit. Ich bin guter Hoffnung, im 1. Quartal nächsten Jahres da Verbesserung zu schaffen.

Wir haben der Irrationalität im Gesundheitswesen entgegengewirkt. Wir haben die ambulante Versorgung in Behindertenheimen verbessert und viele kleine Dinge erreicht. Wir haben für chronisch Kranke strukturierte Behandlungsprogramme etabliert. Bei Kinderkrankheiten – die Lösungen da sind noch nicht optimal, das ist klar. Dass sich Leute da bescheiden, nicht gleich den Kuchen aufessen zu dürfen, kennen Sie aus dem Alltag.

Politik für chronisch Kranke und behinderte Menschen ist nicht nur Gesundheitspolitik. Es ist mehrfach der Paradigmenwechsel gefallen. SGB IX ist hier ein Beleg neben weiteren, auch wenn das Durchsickern dauert. Diese Gesetze tragen zur Teilhabe ohne Bevormundung bei. Diese Politik wird Frau Schmidt weiter fortführen. Dies dient dem Gemeinwohl. Das Gesetz zur Förderung und Beschäftigung behinderter Menschen soll auch zukünftig gestärkt werden.

Wie erfolgreich agiert werden kann, wenn alle mitwirken, zeigt die Kampagne gegen Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten Menschen. Da haben wir viel geschafft.

Auch von dem Reformprojekt aus SGB IX – von dem persönlichen Budget – verspricht sich die Ministerin viel. Es gibt jetzt ein trägerübergreifendes Budget. Damit können die Leistungsberechtigten selbst entscheiden, welche Hilfen für sie am besten sind. Dieses Instrument ist geeignet, individuelle Selbstbestimmung zu fördern.

Wir setzen die Anstrengungen fort, Behinderten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Regelungen geben behinderten Menschen bessere Möglichkeiten, sich einzubringen, auch wenn Verbesserungen nötig sind.

Es bleibt die Perspektive der Ministerin, bei dem Ziel, aktiv Voraussetzungen zu schaffen, damit Menschen mit Behinderungen aktiv teilnehmen können am Leben. Ohne Frage gab es Einschnitte, aber wem die Maßnahmen zu heftig sind, verkennt die ökonomische Situation. Wie ein anderer Weg aussehen würde, kann sich vorstellen, wer sich mit dem Kopfpauschalenmodell stärker beschäftigt. Da werden mehr Menschen ausgegrenzt – niemand sagt das. Nur Herr Seehofer hat das mitgeteilt.

Also der Wegfall des Ausgleichs von Nachteilen ist dort beschlossene Sache. Wir wollen das nicht, wir wollen solidarisches Gesundheitswesen, an dem alle mitwirken müssen. Es ist kein Selbstbedienungsladen, sondern erfordert Solidarität aller, auch der Starken für die Schwachen. Ich bin beeindruckt, dass die Mehrzahl der Menschen das wollen. Das muss die Politik zur Kenntnis nehmen. Ich danke für die Geduld und das Interesse.